

Algerien, Marokko und Tunesien

Mehr sichere Herkunftsländer

Algerien, Marokko und Tunesien sollen zu sicheren Herkunftsländern werden. Am Donnerstag hat der Deutsche Bundestag in erster Lesung über den Gesetzentwurf beraten. Die Einstufung ist wichtig, um die Flüchtlingszahlen weiterhin nachhaltig zu reduzieren. „Damit setzen wir ein klares Signal, dass Politik handlungsfähig ist“, sagte Stephan Mayer, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.



Foto: picture alliance/dpa

Menschen aus den sogenannten Maghreb-Staaten Algerien, Marokko und Tunesien haben in den allermeisten Fällen keinen Anspruch auf Asyl, sie kommen fast immer aus rein wirtschaftlichen Gründen. Die Anerkennungsquote ist äußerst gering. Die Flüchtlingszahlen stiegen 2015 extrem an: Im Dezember waren 26 000 Flüchtlinge aus diesen Ländern nach Deutschland gereist. Allein aus Marokko kamen zehn Mal so viele Menschen nach Deutschland wie im Januar des gleichen Jahres. Durch die Einstufung als sichere Herkunftsländer sollen die Flüchtlingsströme aus diesen Staaten eingedämmt werden. Schon seit längerem hatten sich die Parteivorsitzenden von CSU, CDU und SPD darauf verständigt, die drei Länder zu sicheren Herkunftsstaaten zu erklären. Die SPD verzögerte allerdings dieses Vorhaben.

Dabei ist die Wirkung dieser Maßnahme statistisch belegt – Beispiel Westbalkanstaaten:

Nach der Einstufung zu sicheren Herkunftsländern sank die Zahl der Menschen aus Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Albanien, Serbien, Montenegro und dem Kosovo rapide. „Noch im ersten Halbjahr 2015 kamen 47 Prozent der Bewerber aus den sechs Ländern des westlichen Balkans. Heute spielen die Bewerber aus den sechs Westbalkanländern de facto keine Rolle mehr“, so Mayer. Ähnliches erhofft man sich bei

den Maghreb-Staaten: Neben der Signalwirkung gibt es für Flüchtlinge aus sicheren Ländern deutlich schnellere Verfahren in beson-

deren Aufnahmeeinrichtungen. Denn, wenn Staaten als sicher eingestuft sind, gilt die Annahme, dass in den betreffenden Ländern vom Grundsatz her keine politische Verfolgung stattfindet – und somit kein Grund auf Asyl vorliegt. Bei diesen Flüchtlingen soll innerhalb von drei Wochen über die Anträge abschließend entschieden werden. Die abgelehnten Bewerber müssen dann spätestens nach einer Woche das Land verlassen.

„Politik ist handlungsfähig“



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in dieser Woche war der österreichische Außenminister Sebastian Kurz zu Gast bei der CSU-Landesgruppe. Wir sind uns mit unseren Nachbarn in Österreich einig, dass nur eine Kombination aus nationalen, europäischen und internationalen Maßnahmen bei der Begrenzung der Flüchtlingszahlen Erfolg versprechend ist. International müssen wir den Menschen eine Perspektive in ihren Heimatländern geben. Auf europäischer Ebene hat das Abkommen mit der Türkei wesentliche Fortschritte gebracht. Auch durch die Schließung der Balkan-Route und die bereits ergriffenen nationalen Maßnahmen ist die Zahl der Flüchtlinge spürbar zurückgegangen.

Vieles bleibt noch zu tun, aber wir sind auf einem guten Weg. So haben wir uns beim Koalitionsausschuss am Mittwochabend auf die Eckpunkte eines Integrationsgesetzes verständigt. Dabei wird nun das umgesetzt, was wir immer wieder als CSU-Landesgruppe gefordert haben: Wir fördern den Zugang zum Arbeitsmarkt für Bleibeberechtigte, verpflichten zur Teilnahme an Integrationskursen, die stärker auf die Vermittlung unserer Werte abzielen, und sanktionieren Integrationsverweigerer. Auch die Wohnsitzauflage wird kommen. Sie ist wichtig, um soziale Brennpunkte und die Bildung von Parallelgesellschaften zu vermeiden.

Im Kampf gegen den Terrorismus gilt für uns das Prinzip Sicherheit vor Datenschutz. Dazu haben wir uns ebenfalls am Mittwoch auf wichtige weitere Schritte verständigt. Mehr zu den Ergebnissen lesen Sie auf der nächsten Seite dieser Ausgabe.

Auf allen Ebenen arbeiten wir also an Lösungen, die sowohl unserer humanitären Verantwortung gegenüber den Schutzbedürftigen in der Welt als auch der Verantwortung gegenüber den Menschen in Deutschland gerecht werden.



Alois Rainer MdB

Kongress: Landwirtschaft in Deutschland - Wege in die Zukunft

Landwirtschaft spielt Schlüsselrolle für Unionsfraktion

Die Situation der Landwirtschaft in Deutschland ist schwierig: Niedrige Erzeugerpreise, weiter zunehmende Auflagen und fehlende Akzeptanz in der Bevölkerung lassen immer mehr Familienbetriebe die Existenzfrage stellen. Beim großen Landwirtschaftskongress der CDU/CSU-Fraktion in Berlin standen Lösungsansätze im Vordergrund.

„Wir haben höchste Standards, aber die Akzeptanz und das Vertrauen, wie wir Landwirtschaft betreiben, die schwindet“, führte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Ernährung und Landwirtschaft der CDU/CSU-Fraktion, Franz-Josef Holzenkamp, in die Thematik ein: Man müsse sich dieser Situation stellen und auch bereit sein, alte Strukturen zu hinterfragen. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder wies darauf hin, dass sich die Menschen zu Recht mit der Frage nach einer gesunden Ernährung auseinandersetzen. Viele wollten wissen: „Wie entstehen Lebensmittel, und was ist drin in diesen Lebensmitteln?“

Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt machte deutlich, welche Schlüsselrolle Landwirtschaft für die Unionsfraktion spielt: Sie sei in erster Linie „Ökonomie und Lebensmittelproduzent“ und nicht „die abgeleitete Funktion der Umweltpolitik“. Er stellte



Foto: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

den landwirtschaftlichen Betrieben Maßnahmen zur Unterstützung der Liquidität und zur Gewinnglättung in Aussicht. Auch die Initiative Tierwohl sei ein Ansatz, der weiterentwickelt werden könne. Kauder ergänzte: „Wir wollen, dass Familienbetriebe auch in Zukunft erhalten werden können.“

Auf die immer geringer werdende gesellschaftliche Akzeptanz von Landwirtschaft ging die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Gitta Connemann, ein. Kommunika-

tionsbereitschaft müsse eine Kernkompetenz der Landwirte werden. „Nur wer weiß, wie produziert wird, ist bereit, mehr für landwirtschaftliche Produkte auszugeben“, fasste Anneliese Göller vom Deutschen Landfrauenverband zusammen. Connemann versprach, die Unionsfraktion werde sich nun intensiv mit Themen wie Kartellrecht, Marktstabilisierung, Wertschätzung und Wertschöpfung befassen: „Es geht darum, wie wir Ansehen und Preise in der Landwirtschaft nach oben bringen können.“

Diese Woche

- Algerien, Marokko und Tunesien
Mehr sichere Herkunftsländer 1
- Kongress: Landwirtschaft in Deutschland - Wege in die Zukunft
Landwirtschaft spielt Schlüsselrolle für Unionsfraktion 2
- Koalitionsausschuss
Eckpunkte für ein Integrationsgesetz 2
- Kommentar von Bartholomäus Kalb
Zehn-Punkte-Plan ist richtige Antwort auf „Panama Papiere“ 3
- Regionalkonferenzen vor Ort
Bundesverkehrswegeplan: CSU-Landesgruppe im Dialog 4
- Fraktion im Dialog
Schutz von christlichen Flüchtlingen verbessern 4

IMPRESSUM:

Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder. Foto Editorial: Foto Eglsparger

Verantwortliche Redakteure:
Linda Dietze, Jutta Lieneke-Berns
11011 Berlin · Platz der Republik 1
Telefon: (030) 227 - 70212
e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Koalitionsausschuss

Eckpunkte für ein Integrationsgesetz

CSU, CDU und SPD haben sich auf Eckpunkte für ein Integrationsgesetz und zur Verbesserung der Terrorabwehr geeinigt. Am Koalitionsausschuss nahmen neben den drei Parteivorsitzenden auch die Fraktionsspitzen mit CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt teil.



Foto: picture alliance/arco images

„Fordern und fördern“ soll das Prinzip des neuen Integrationsgesetzes sein. Das Gesetz sieht Angebote, aber auch Pflichten für Flüchtlinge vor, die bleibeberechtigt sind. Im Mittelpunkt steht dabei, diesen – sofern sie nicht aus sicheren Herkunftsländern kommen – den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern. Andererseits soll anerkannten Flüchtlingen das dauerhafte Bleiberecht verwehrt werden, wenn sie nicht hinreichende Anstrengungen zur Integration nachweisen.

Auch im Kampf gegen den Terrorismus wurde beim Koalitionsgipfel ein Maßnahmenpaket beschlossen. So soll unter anderem die Zusammenarbeit der Geheimdienste ausgebaut werden und die Bundespolizei mehr Ermittlungsbefugnisse erhalten. Bei Prepaid-Handys soll künftig ein Identitätsnachweis mit vollständiger Adresse vorgelegt werden müssen. Dies hatte die CSU-Landesgruppe bereits im Januar auf ihrer Klausurtagung in Wildbad Kreuth beschlossen.

Kommentar von Bartholomäus Kalb

Zehn-Punkte-Plan ist richtige Antwort auf „Panama Papiere“

Im Kampf gegen Steuerhinterziehung ist Transparenz entscheidend. Für diese setzt sich die Bundesregierung seit Jahren ein, schreibt Bartholomäus Kalb in seinem Kommentar. Dennoch sei man noch nicht am Ziel. Die Panama-Enthüllungen erhöhen nun den Druck auf nicht kooperative Staaten.

Die Veröffentlichung der „Panama Papiere“ offenbart die nach wie vor bestehenden Defizite beim Kampf gegen Steuerhinterziehung. Allerdings darf man nicht übersehen, welche erheblichen Fortschritte hier in jüngerer Vergangenheit erzielt worden sind und nun nach und nach ihre Wirkung entfalten werden.



Bartholomäus Kalb, finanzpolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe Foto: Henning Schacht/berlinpressphoto

Deutschland setzt sich seit Jahren für größtmögliche Transparenz über Firmen, Finanzkonten und die jeweils dahinter stehenden Personen ein. Eine solche ist nur durch ein international abgestimmtes Vorgehen vollständig herstellbar. So war bereits 2014 von seinerzeit 51 Staaten ein neuer Standard für einen automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten unterzeichnet worden. Mittlerweile bekennen sich schon 93 Staaten dazu. Im Rahmen des von Deutschland im Jahr 2013 maßgeblich angestoßenen G20-Projekts gegen aggressive Steuergestaltungen multinationaler Unternehmen wurden 15 Maßnahmen

beschlossen, deren Umsetzung nun von der OECD überwacht wird. Auch den Bundestag passiert kaum mehr ein Steuergesetz, das keine Regelungen gegen steuerliche Gestaltungsmöglichkeiten enthält.

Das alles zeigt, dass wir – wenn auch noch nicht am Ziel – so doch auf einem guten Weg sind. Diesen Weg setzt der Bundesfinanzminister nun mit einem zehn Punkte umfassenden Aktionsplan fort und nutzt dabei richtigerweise den

durch die „Panama Papiere“ erhöhten Druck auf bisher nicht kooperative Staaten. Der im Aktionsplan verfolgte dreigliedrige Ansatz, den standardisierten automatischen Informationsaustausch möglichst weltweit auszubauen, weltweit vernetzte Register über wirtschaftlich Berechtigte einzuführen und systematisch Sanktionen für nicht-kooperative Staaten vorzusehen, ist aus meiner Sicht die richtige Antwort auf die durch die „Panama Papiere“ zutage getretenen Missstände.

Flüchtlingskosten

Der Bund beteiligt sich massiv an den Kosten, die den Ländern durch Aufnahme, Integration und Unterbringung der Flüchtlinge entstehen. So unterstützt er die Länder seit Anfang des Jahres mit 670 Euro pro Monat je Asylbewerber sowie mit einem Pauschalbetrag von 670 Euro für jeden Abgelehnten. Er zahlt daneben 350 Millionen Euro pro Jahr zur Finanzierung der Kosten für unbegleitete Minderjährige. Außerdem wird er zur Verbesserung der Kinderbetreuung die Mittel, die durch den Wegfall des Betreuungsgeldes frei geworden sind, zur Unterstützung von Ländern und Kommunen einsetzen. Im Jahr 2016 sind das 339 Millionen Euro.

Das alles zusammen ergibt eine Entlastung der Länder im Jahr 2016 von 3,64 Milliarden Euro. Wie sich die Mittel auf die einzelnen Länder verteilen, können Sie unserer [Grafik](#) unter www.csu-landesgruppe.de entnehmen.



Der österreichische Außenminister Sebastian Kurz war zu Gast bei der CSU-Landesgruppe in Berlin. Die Themenpalette reichte von der Flüchtlingskrise, über Europa bis zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Intensiv diskutiert wurde auch über Integration: Kurz informierte über die Erfolge der sogenannten „Wertekurse“, die Asylbewerber verpflichtend belegen müssen, und stellte das in Österreich im vergangenen Jahr in Kraft getretene Islamgesetz vor.

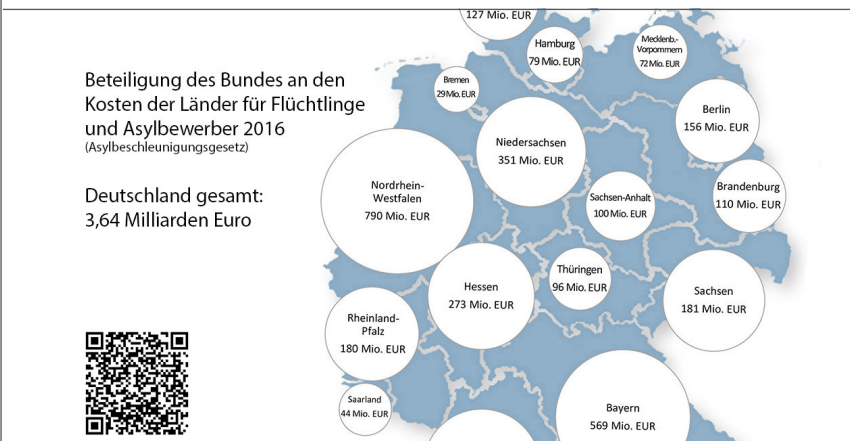


Foto: CSU-Landesgruppe

Regionalkonferenzen vor Ort

Bundesverkehrswegeplan: CSU-Landesgruppe im Dialog

Viele Fragen und noch mehr Antworten: Die Öffentlichkeitsbeteiligung beim Bundesverkehrswegeplan nimmt Fahrt auf. Die CSU-Landesgruppe lud zu drei Regionalkonferenzen in Bayern, um mit den Bürgern in Dialog zu treten. Und das Konzept ging auf.

Erstmals wird die Öffentlichkeit beim Bundesverkehrswegeplan beteiligt. So können die Bürgerinnen und Bürger auf einem Internetportal des Bundesverkehrsministeriums ihre Anmerkungen zum geplanten Verkehrskonzept einreichen. Daneben sucht auch die CSU-Landesgruppe den direkten Kontakt. Dafür veranstaltete sie Regionalkonferenzen mit Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) in Landsberg (für die Region Schwaben und Oberbayern), in Nürnberg (für Ober-, Mittel-, und Unterfranken) und in Straubing (für Niederbayern und Oberpfalz) – mit großer Resonanz. Insgesamt kamen knapp 600 Gäste.

„Die Verkehrsinfrastruktur ist der wesentliche Faktor für wirtschaftliches



Foto: CSU-Landesgruppe

Wachstum, für Wohlstand und für Beschäftigung, ja für die Gesellschaft schlechthin“, sagte Hasselfeldt in Landsberg. Deshalb habe man die Verkehrsinfrastruktur auch in den Mittelpunkt der Legislaturperiode gestellt. So wurden beispielsweise die finanziellen Mittel für Investitionen in die öffentliche Infrastruktur um fünf

Milliarden Euro erhöht. Bundesminister Dobrindt betonte: „Der neue Bundesverkehrswegeplan ist das stärkste Investitionsprogramm für die Infrastruktur, das es je gab. Bis 2030 investieren wir 264,5 Milliarden Euro, mit denen wir unsere Verkehrswege modernisieren, unsere Infrastruktur vernetzen und Mobilität in Bayern und Deutschland beschleunigen.“



Foto: CSU-Landesgruppe

Es war eine konstruktive Atmosphäre. Viele Projekte wurden diskutiert, Argumente ausgetauscht, Unklarheiten beseitigt. Der Minister nahm sich viel Zeit. In Landsberg, Nürnberg und Straubing kam man miteinander ins Gespräch. Ein Dialog, der Brücken baute. Ulrich Lange, verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, fasste es so zusammen: „Bauen wir gemeinsam an der Infrastruktur in Bayern.“

Fraktion im Dialog

Schutz von christlichen Flüchtlingen verbessern

Immer wieder gibt es Übergriffe auf Christen und andere religiöse Minderheiten in Flüchtlingsunterkünften. Die CDU/CSU-Fraktion lud deshalb zum Kongress „Verantwortung für Religionsfreiheit – Religiöse Minderheiten in Flüchtlingsheimen besser schützen“.

„Wir müssen ein Klima schaffen, dass sich sämtliche Flüchtlinge sicher fühlen können. Jeder hat das Recht, anständig und human behandelt zu werden“, unterstrich Stephan Mayer, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion zum Schluss des Kongresses. Zuvor machte er deutlich, dass die Gewalt gegen religiöse Minderheiten in Unterkünften zwar kein Massenphänomen darstelle, aber jeder Fall sei einer zu viel. Die Datenlage allerdings ist derzeit unzureichend. Seit Januar, so berichtete Mayer, werden jedoch religiös motivierte Straftaten in Flüchtlingsheimen erfasst: Bislang seien zwölf Fälle registriert worden.

Die Dunkelziffer liege aber wahrscheinlich um einiges höher. So berichtete der freikirchliche Berliner Pfarrer Gottfried Martens von einer Vielzahl von Übergriffen in seiner Gemeinde. Wolfgang Pemp, Leiter der Zentralstelle Prävention beim Landeskriminalamt Berlin, forderte deshalb: „Die Anzeigebereitschaft müsse erhöht werden“. Nur so bekäme man einen aussagekräftigen Lagebericht.

Die Ehrenamtskoordinatorin der Arbeiterwohlfahrt (AWO), Gerit Probst, berichtete, Probleme gebe es vor allem in großen Unterkünften bei wenig Personal.

Eigene Unterkünfte für schutzsuchende Christen und Jesiden zu schaffen, sei jedoch keine Lösung, unterstrich der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Volker Kauder. Der katholische Berliner Erzbischof Heiner Koch stimmte zu: „Es kann kein Weg sein, vor intolerantem Verhalten gegenüber Christen zu kapitulieren, indem man für sie eigene Unterkünfte einrichtet.“ Notwendig seien vielmehr soziale Betreuung, eine angemessene Ausstattung der Unterkünfte und klare Hausregeln. Alle Teilnehmer waren sich jedoch einig, für Fälle von konkreter Gewalt spezielle Schutzräume einzurichten.